

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Margareta Wolf (Frankfurt), Antje Hermenau, Christin Heyne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5962 –

Für eine neue Innovationskultur – Stärkung des Risikokapitalmarktes

A. Problem

Im Gegensatz zu anderen Ländern verfügt die Bundesrepublik Deutschland nicht über eine entwickelte Aktien- und Beteiligungskultur. Der fehlende Risikokapitalmarkt, das Untergewicht der Beteiligungsfinanzierung und die daraus resultierende Eigenkapitalschwäche insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen ist eine der Hauptursachen für die dramatische Zunahme der Insolvenzrate bei diesen Unternehmen. Auch entwickelt sich der unzureichende Zugang zu Beteiligungskapital zunehmend zum Hemmschuh für Innovationen.

B. Lösung

Schaffung einer überregionalen Informationsbörse in Leipzig zur Etablierung eines informellen Marktes für Risikokapital als Wegbereiter für einen funktionsfähigen privaten Beteiligungskapitalmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Finanzierung der Informationsbörse soll über eine maximal fünf Jahre laufende Anschubfinanzierung des Bundes erfolgen. Die entstehenden Kosten sollen durch jährliche Umschichtung von Mitteln aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm gegenfinanziert werden. Für das erste Jahr wird ein Zuschuß des Bundes in Höhe von 3 Mio. DM veranschlagt. Mittelfristig sollen die laufenden Kosten zunehmend durch eigene Einnahmen der Informationsbörse gedeckt werden.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5962 – abzulehnen.

Bonn, den 15. Januar 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Hans Martin Bury
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hans Martin Bury**I.**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5962 – wurde in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Januar 1997 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, daß sich das Fehlen eines Risikokapitalmarktes, das Untergewicht der Beteiligungsfinanzierung und die daraus resultierende Eigenkapitalschwäche insbesonde-

re kleiner und mittlerer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zu einem gravierenden Problem entwickelte. Hauptursachen sind nach Auffassung der Antragsteller das sicherheitsorientierte deutsche Bankensystem, die steuerliche Benachteiligung von produktiven Unternehmensanlagen sowie das System der Mittelstandsförderung, das im wesentlichen auf Fremdkapital in Form von zinsverbilligten Krediten ausgerichtet sei.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, ein langfristiges Finanzierungskonzept vorzulegen, mit dem die Anschubfinanzierung für eine überregionale Informationsbörse in Leipzig gewährleistet wird. Aufgabe der Informationsbörse soll es sein, unterhalb der Handelsschwelle Informationen für potentielle Beteiligungsgeber und Beteiligungsnehmer verfügbar zu machen. Ferner soll sie als unabhängige Institution für kapitalsuchende mittelständische Unternehmen ein Rating durchführen, das sich auf Bonität und Zukunftschancen bezieht. Die Anschubfinanzierung des Bundes soll für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren gewährt werden. Die Antragsteller gehen davon aus, daß im ersten Jahr ein Zuschuß von 3 Mio. DM erforderlich sein wird. Die Gegenfinanzierung soll durch jährliche Umschichtung von Mitteln aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm erfolgen.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 46. Sitzung am 15. Januar 1997 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5962 – zu empfehlen.

Bonn, den 15. Januar 1997

Hans Martin Bury

Berichterstatter